

Ercheinungswelfe:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Fefttage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw

Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
bleibt kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 52

Dienstag, den 4. März 1930

Jahrgang 102

Vorerst kein Bruch im Reichskabinett

Wachsende Hoffnung auf eine Kompromißlösung

Ul. Berlin, 4. März. Amtlich wird mitgeteilt: Montag vormittag wurde in einer Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers über die Deckungsvorschläge zum Reichshaushaltsplan 1930 beraten. Die Verhandlungen über die Steuererlasse und Steuererleichterungsmassnahmen für 1931 und die damit zusammenhängenden Fragen werden heute fortgesetzt.

Nach der gestrigen Ministerbesprechung wird in Regierungskreisen die Lage wieder etwas zuversichtlicher beurteilt. Jedemfalls soll nichts unversucht bleiben, um eine Krise zu vermeiden. Bemerkenswert ist, daß in der amtlichen Berichterstattung über die Ministerbesprechung, an der übrigens Minister Curtius krankheitshalber nicht teilgenommen hat, zum erstenmal von einer Steuererleichterung für 1931 die Rede ist. Gerade an diese Tatsache knüpft sich bei den übrigen Regierungsparteien die Hoffnung, daß der Widerstand der Deutschen Volkspartei doch noch in irgendeiner Form überwunden werden könne. Man glaubt im übrigen, daß, falls im Kabinett heute nachmittag Beschlüsse zum Haushalt gefasst werden sollten, diese nicht noch einmal an die Parteien herangerufen, sondern endgültig sein würden und als fertige Vorlage den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden sollen.

Auf der Suche nach einer gemeinsamen „Steuerplattform“.

Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wurde am Montag im Reichskabinett neben den Steuererleichterungsvorschlägen für 1931 gewisse Vermittlungsvorschläge erörtert, die dazu dienen sollen, die Gegensätze innerhalb der Reichsregierung in der Frage der zu deckenden 100 Millionen für die Arbeitslosenversicherung zu beheben und auch für die Regierungsfaktionen eine gemeinsame Steuerplattform abzugeben. Soweit derartige Pläne in irgendeiner Form auf eine direkte Steuer hinauslaufen, werden sie auch in der Form der Zwangsanleihe von der Deutschen Volkspartei abgelehnt, können also nicht als geeigneter Weg zur Vermeidung einer Regierungskrise angesehen werden.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitz hat gestern nachmittag folgende parlamentarische Berichterstattung herausgegeben:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörende Minister teilnahmen und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Be-

richt erörtert wurde. Es wurden keine Beschlüsse gefasst, doch herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Younggesetze nicht durch innerpolitische Streitigkeiten verzögert werden darf und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden muß, die sowohl der Aufrechterhaltung der sozialen Institutionen, insbesondere der Arbeitslosenversicherung, in dem bisherigen Umfang gewährleistet als auch dem Gedanken eines Opfers der Betroffenen für die Sanierung der Finanzen Rechnung trägt.

Vor der Entscheidung.

Die Berliner Blätter rechnen damit, daß in der Steuerfrage für heute eine Entscheidung im Kabinett zu erwarten ist. Der „Vorwärts“ schreibt, das Kabinett stehe noch immer vor der doppelten Schwierigkeit, daß einmal die Deutsche Volkspartei sich weigere, in der Frage der Steuerpolitik mit Sozialdemokratie und Zentrum auf eine gemeinsame Plattform zu treten und daß zum anderen das Zentrum darauf bestohe, eine Verabschiedung der Younggesetze nicht zuzulassen, solange die Steuerfragen nicht bereinigt sind. Man könne wohl sagen, daß in diesem Augenblick die Spannung zwischen Zentrum und Volkspartei mindestens ebenso stark sei wie die Spannung zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie. Es stehe also keineswegs so, daß die Sozialdemokratie einer geschlossenen bürgerlichen Front gegenüberstehe, vielmehr werde ein Vorwärtskommen dadurch verhindert, daß die bürgerlichen Parteien der Großen Koalition in einem sehr starken Gegensatz zueinander geraten seien. Daran könne sich vielleicht für die sozialdemokratische Partei die Möglichkeit ergeben, die Führerrolle, die ihr in der Koalition dank ihrer Stärke zuzufallen, doch etwas mehr als bisher zu betonen. Mühe an das Zentrum der Appell gerichtet werden, daß es die Erleichterung der Younggesetze unter allen Umständen zulasse, so müsse ebenso auch von der Volkspartei gebittet werden, daß sie sich von dem Druck der hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise befreie und dem Gedanken eines Opfers auch der Betroffenen Rechnung trage.

In dem Beschlusse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bemerkt die „D.Z.“, es sei ein Kompromißbeschluss, der deutlich die Furcht erkennen lasse, durch die Politik der Deutschen Volkspartei in eine Minderheitsregierung gedrängt zu werden. Das Blatt verweist darauf, daß die Volkspartei gar nicht in der Lage sei, von ihrem eindeutigen Beschluß wieder abzuweichen und erst recht nicht trotz der Vorwürfe der Linken ihre Kabinettsmitglieder. Eine Verständigung sei nur auf der Basis möglich, daß jegliche Erhöhung der direkten Steuern vermieden, statt dessen aber eine entschlossene Sparmaßnahme getrieben werde, wie sie den bisherigen Tendenzen der Linken straff zuwiderlaufe.

Gegen die Arbeitsmethoden des Reichstags

Scharfe Kritik Prof. Hellpachs am Parteiwesen

Hellpach legt sein Reichstagsmandat nieder.

Heidelberg, 4. März. Professor Dr. Hellpach, der frühere badische Unterrichtsminister und Staatspräsident, hat in einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei mitgeteilt, daß er sein Reichstagsmandat niederlege und gleichzeitig aus der Leitung der Deutschen Demokratischen Partei ausscheide. Das Schreiben erklärt, daß Professor Hellpach zu diesem reiflich überlegten Schritt nicht aus persönlicher Verstimmlung, sondern durch den Wunsch veranlaßt worden sei, Bindungen abzustreifen, welche seine Meinungsäußerung oder Entschlußfassung zu den großen innerpolitischen Problemen beschränken müßten.

Professor Dr. Hellpach begründet seine Mandatsniederlegung in einem sehr ausführlichen Brief an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei. Der Brief enthält u. a. folgende Ausführungen: Die zunehmende Arbeitsanarchie des Reichstages vereitelt alle sachlichen Dispositionen, wie sie für die Aufrechterhaltung eines noch so beschiedenen Maßes von Existenzsachen, zumal beim Wohnsitz an der Peripherie des Reiches, notwendig sind. Nahezu jeden seiner Wohnplätze hat der Altrentner noch kurzem wieder umgeben.

Mit größtem Nachdruck weise ich auch Ihnen gegenüber auf die außerordentliche staatspolitische Gefahr hin, die in dem Gehentlassen dieser Arbeitszerfahrenheit des Reichsparlamentes liegt.

Ausschlaggebend wurde aber für meinen heutigen Schritt der Fühlenschlag jener Erwartungen, die ich in das positive Wirken im Reichstag gesetzt habe. Die großen Verfassungs- und politischen Reformaufgaben, von deren baldiger Lösung größtenteils die politische Zukunft abhängen wird, sind in diesen verlassenen 1 1/2 Jahren des neuen Reichstages weder

von seiner Gesamtheit noch von einer Regierung, noch von unserer Partei, energisch vorangetrieben worden.

Die Initiative in der Reichsreform liegt heute geradezu außerhalb des Reichstages und der Reichsregierung bei einem überparteilichen Kreis von Männern des wirkenden Lebens, die ein vormaliger Kanzler um sich versammelt hat. Die parlamentarische Reform ist über Bagatelldetails dritter Größenordnung wie die zeitweilige Befestigung des Rednerpultes nicht hinausgekommen.

Gegen den stillen Widerstand, den vor allem die stärkste Partei des Reichstages und des Reichskabinetts einer gesunden Reform entgegenstellt, ist niemals energisch angegangen worden.

Am schmerzlichsten aber hat unsere Partei sich der Wiedergeburt des Parteiwesens versagt. Die Hauptverantwortung vom 8. Februar d. J. hat es unwiderruflich kundgetan, daß unsere hauptverantwortlichen Parteimitglieder jede schöpferische, überhaupt jede handelnde Beteiligung an dem Werden einer stark staatsbezahenden Partei der bürgerlichen Mäßigung in ihrer Mehrheit ablehnt, so verwirft. Dieser Haltung, durch die nunmehr das Geleß des Handelns in der größten innerdeutschen Frage an die Rechte übergegangen ist, kann ich mich nicht anschließen und auch nicht fügen, denn es ist allerdings meine Überzeugung, daß die Neuschöpfung unseres Parteiwesens gleich aller Politik, nur durch Handeln und nicht durch Abwarten geleistet werden kann.

Ernstere Lage in Spanien

M. Madrid, 4. März. Die augenblickliche politische Lage in Spanien ist neuerdings in ein kritisches Stadium getreten, es hat den Anschein, daß zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten Meinungsverschiedenheiten auf Grund der letzten republikanischen Kundgebungen hinsichtlich der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Spanien

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat gestern die Beratungen über die neuen Steuern fortgesetzt, ohne jedoch zu einem Ergebnis zu kommen. Man hofft, heute eine Kompromißlösung zu finden, durch welche ein Bruch innerhalb des Kabinetts vermieden werden kann.

Die Sozialdemokratie, die Demokratie und die Volkspartei halten trotz der Finanzkrise an der Verabschiedung des Haager Abkommens in den nächsten Tagen fest.

Reichstagsabg. Prof. Hellpach hat sein Mandat niedergelegt. Er begründet seinen Schritt mit den mangelhaften Arbeitsmethoden des Reichstages.

Der Regierungserklärung des französischen Kabinetts Lardieu sieht man in Paris mit Bedenken entgegen, da sich in der Kammer eine nicht zu unterschätzende Opposition gebildet hat.

Der belgische Landesverteidigungsminister beabsichtigt, dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, nachdem ein Fonds von 500 Millionen Franken zum Ausbau der Verteidigung der Diktatur geschaffen werden soll.

Die Fruchtlosigkeit der Londoner Plattenkonferenz veranlaßte führende Kreise Amerikas zu heftigen Kundgebungen für eine entschiedene Abweisung.

Der gestrige Rosenmontag wurde in den rheinischen Städten Köln, Düsseldorf, Mainz und in Münster i. W. durch Carnevalszüge mit reifiger Beteiligung gefeiert.

angetreten sind. Während Berenguer die Ansicht vertritt, man müsse der politischen Propaganda gewisse Freiheiten lassen und langsam aber sicher zu Wahlen schreiten, scheinen der König und seine Anhänger eine gewaltsame Unterdrückung jeder monarchiefeindlichen Propaganda zu verlangen. Nachdem nun Berenguer und seine Regierung ausgesprochene Gegner jeder Diktatur sind, scheint die Krise angebrochen zu sein.

In diesem Zusammenhang spricht man davon, daß Berenguer sein Entlassungsgesuch dem König eingereicht habe und daß dieser den General Martinez Anido beauftragt habe, in Verbindung mit dem Militärgouverneur von Barcelona, General Barrera und dem früheren Zivilgouverneur von Barcelona, General Milans del Bosch, die Diktatur auf energischerer Basis wieder herzustellen. Sollte sich dieses Gerücht bewahrheiten, dann ist ohne Zweifel ein überaus ernste Lage für Spanien geschaffen, da die Mehrheit des Volkes, das sich gerade in letzter Zeit der republikanischen Idee sehr genähert hat, einer neuen Diktatur ablehnend gegenübersteht. Es ist möglich, daß sich ein Teil der Armee weigert, diese Diktatur zu unterstützen und man muß damit rechnen, daß in diesem Fall auch dem König die Gefolgschaft verweigert werden würde, was schließlich zu Zusammenstößen führen könnte.

Lardieus Regierungsprogramm

Ul. Paris, 4. März. Das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts Lardieu, das der Ministerpräsident morgen in der Kammer verlesen wird, befaßt sich in der Hauptsache mit innerpolitischen Fragen, da die Außenpolitik in keinem Punkte von der des ersten Kabinetts Lardieu abweicht. Außerdem hat sich auch die Vier-Tage-Regierung Champens mit der französischen Außenpolitik einverstanden erklärt, so daß mit einer Opposition bezüglich des Youngplanes, der Londoner Konferenz, der Saarverhandlungen, so wie der Senfer Zollbesprechungen kaum zu rechnen ist. Die Finanzpolitik wird den breitesten Raum in der Regierungserklärung einnehmen. Das neuerlichste Haushaltsministerium wird mit dem Finanzministerium in ständiger Fühlungnahme stehen, um eine ausbringende Finanzreform durchzuführen.

Sturm und Wolkenbrüche über Südfrankreich

Ul. Paris, 4. März. Seit 48 Stunden wird Südfrankreich von orkanartigem Sturm und Wolkenbrüchen heimgesucht, die unermesslichen Schaden angerichtet haben. Die ganze Gegend von Bezier steht unter Wasser. Die Stadt ist zum größten Teil überschwemmt. Der Straßenbahnverkehr mußte eingestellt werden. Der heftige Sturm hat fast sämtliche Telegraphenpfähle umgerissen. Viele Dächer wurden abgedeckt. Die Stadt ist ohne Licht und Elektrizität, so daß selbst die Fabriken nicht arbeiten können. Verschiedene Brücken wurden einfach fortgeschwemmt. Zwischen Carcassonne und Trebes rutschte die Hälfte des Bahndammes ab, so daß der Zugverkehr nur noch eingeleitet durchgeföhrt werden kann. Seit den Überschwemmungen von 1907 hat die Bevölkerung ohne derartige Sturmflut nicht mehr erlebt.

kaufen, liegt es
uerst die neue
hmaschine
federzeit ohne
die von mir
se Suevia
Prosperkte oder
tenlos
lter
ell. Zel. 23
abend
Ber
ings-
mel
g. Musik
Bauer
hle
n am besten,
man gute
taten
wendet
empfehlen:
hanko
solb
inflie
schneht
zenmehl
00
pezial
ier
hwees
ermärker
da 90,
schwees
allener
1.10.
ches und
känliches
weine-
malz
mbutter
58 Fig.
rgarine
Füllen:
melaben
upfiker
erwuswahl
Für
mittwoch
orgen
essend:
elische
fische
kuch

Minister Dietrich über europäische Zollpolitik

Frankfurt a. M., 3. März. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, sprach hier bei einer Ostkundgebung der deutschen Jungdemokraten über die europäische Zollpolitik unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Ostens. Die Bestrebungen, Deutschland zum reinen Industrieland zu machen, das mit seinen Produkten im Ausland die erforderlichen Agrarprodukte eintauscht, so betonte der Minister, würden der Lage Deutschlands und seiner Industrie im Innern der Weltwirtschaft nicht gerecht. Der Redner erwähnte die mißverhältnisse Abänderung des schwedischen Handelsvertrages, betonte jedoch, daß nicht in allen Fällen mit Zollerhöhungen geholfen werden könne, wie überhaupt bezüglich der Wirkung der Zölle in der Landwirtschaft geradezu ein Aberglauben herrsche.

Der Reichsminister befaßte sich sodann mit der Roggenfrage. Eine Million Tonnen Roggen müsse mehr von den deutschen Konsumenten verbraucht werden, dadurch könnten wir 200 Millionen Mark für Auslandsweizen sparen. Das Roggenabkommen mit Polen solle die Konkurrenz des zweitgrößten Roggenkonkurrenten ausschalten. Die Schweinefrage sei nur durch Aufklärung zu lösen. Auch hier sei nicht der Zoll, der zwar stark erhöht wurde, sondern die richtige Regelung von Produktion und Absatz das Entscheidende.

Zum Schluß äußerte sich Reichsminister Dietrich zu den aktuellen Fragen der Politik und erklärte: „Die strittigen 100 Millionen dürfen — das ist offenbar auch die Meinung des Herrn Reichspräsidenten — keine Regierungskrisis hervorrufen. Es ist zur Zeit keine andere Koalition möglich als die heutige. Ich habe zur Erwägung anheimgegeben, die strittigen 100 Millionen direkter Steuern in irgendeiner Form zu schließen, wenn die Sicherheit besteht, daß der nächste Etat 450 Millionen in der Endsumme niedriger und dieser Betrag zur Steuererhebung verwendet wird.“

Die Finanzierung des Wohnungsbaues

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde ein Einspruch des Reichsrates gegen den Beschluß des Reichstages verhandelt, der dahin ging, daß die Rücklässe der Hauszinssteuerdarlehen in vollem Umfange und lediglich nur für Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden dürfen. Der Reichsrat begründete seinen Einspruch damit, daß dieser Reichstagsbeschluß in die Verwendung von Mitteln einer Steuer eingreife, die den Ländern zustehe und über die das Reich nur die Rahmengesetzgebung habe. Sie müsse — zumal angesichts der beschränkten Finanzlage der Länder — im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reform der Reichssteuergesetze und des Finanzausgleiches behandelt werden. Schließlich wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der trotz des Einspruches des Reichsrates an dem Gesetzentwurf festhält. Die Vollziehung des Reichstags wird nun zu entscheiden haben, ob dieser Gesetzentwurf mit Zweibeitelmehrheit, die nach dem Einspruch des Reichsrates notwendig ist, angenommen wird.

Disziplinarverfahren gegen einen Regierungsrat

Vor der Reichsdisziplinarkammer Berlin I fand die Verhandlung gegen den Regierungsrat vom Landesfinanzamt Dr. Fabrizius wegen Vergehens gegen das Reichsbeamtengesetz statt. Regierungsrat Dr. Fabrizius war angeschuldigt, im Oktober 1929 eigenmächtig ein auf Anordnung des Reichsfinanzministers im Landesfinanzamt ausgehängtes Plakat entfernt zu haben. Das Plakat enthielt einen Auszug aus einem Aufruf der Deutschen Volkspartei, der das Volk begehren gegen den Youngplan betraf und als „Strefemanns Vermächtnis“ bezeichnet war. Außerdem soll Dr. Fabrizius durch mehrere Zeitungsausschnitte, in denen er sich über die Republik und ihre Einrichtungen verächtlich geäußert haben soll, gegen seine Amtspflichten verstoßen haben. Gegen Regierungsrat Dr. Fabrizius wurde folgender Spruch verkündet:

Der Angeschuldigte ist des Dienstvergehens schuldig und

Die Letzte aus dem Hause Bullenberg

Roman von Anny von Panhuy

60. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Er schüttelte den Kopf.
„Bitte, reden Sie, da Sie es doch können, französisch, ich sage Ihnen ja schon so häufig, ich verstehe kein Deutsch.“
Margarete blieb nichts übrig, als seinem Verlangen nachzugeben, sonst kam sie nicht weiter. Und sie mußte die Gelegenheit benutzen, eine ungehörte Aussprache herbeizuführen, um dem Prinzen erst klar zu machen, daß sie sich nicht von ihm dillieren ließ.
„Also entschloß sie sich, französisch zu sprechen.“
„Ich will eine Unterredung mit dir haben, damit wir über alles Wichtige beraten.“
Er lächelte unverschämte.
„Charmant, dieses trauke, Du' von deinen bisher so spröde tuenden Lippen, nach denen ich mich vor Verlangen verheere. Kind, du bist so feilhaft originell, bist in meinem Liebesverfolge ein ganz neuer Typ. Ich wäre es nun natürlich auch, dich, Du' zu nennen. Aber sich nicht so finster aus, es klebet dich nicht!“
„Wann und wo kann ich dich treffen?“ fragte sie.
Er neigte sich ein wenig näher, flüsterte ihr die Adresse eines Restaurants zu, nannte Tag und Stunde.
Eine Dame forderte Orbitsen.
Da ging der Mann mit dem verlebten Gesicht, ein fauntischer Zug spielte um seinen Mund.
Margarete aber vermochte kaum die Stunde der Zusammenkunft zu erwarten.
Als der Abend gekommen war, an dem er sie erwartete, zog sie einen leichten dunklen Mantel an, warf einen schwarzen Spitzenkragen über das Haar und ging in das Restaurant, das er ihr angedeutet.
Ein Kellner führte sie, ohne erst nach ihrem Wunsche zu fragen, in eine kleine Erkerstube, die mit buntem Elefant ausgestaffet, eher einem Boudoir als einem Gastzimmer glich, und verschwand.

wird deshalb mit Dienstentlassung bestraft. Auch hat er die hohen Ausgaben des Verfahrens zu tragen. Es werden ihm noch neun Beutel seines gefehlten Ruhegehalts auf ein Jahr und drei Fünftel auf weitere 3 Jahre zugesprochen.

In der Begründung führte der Vorsitzende u. a. aus, die Meinungsfreiheit des Beamten finde eine Schranke nicht nur durch die allgemeinen Gesetze, sondern auch durch die Beamten-Gesetze. Kein Staat der Welt könne es sich gefallen lassen, wenn seine Beamten gegen das Ansehen des Staates verstoßen. Der Angeklagte habe die Republik in gefährlicher Weise verächtlich gemacht und die Reichsflagge herabgesetzt. Auch die Äußerungen über den Polizeipräsidenten Dr. Weis seien herabsetzend. Die Entfernung des Plakates sei mit dem Unterordnungs- und Ueberordnungsverhältnis in der Beamten-Gesellschaft unerträglich. Auch in seinem Schreiben vom 24. Oktober 1929 an seinen Präsidenten habe der Angeschuldigte sich durch unzulässige Kritik an Anordnungen und Maßnahmen seiner vorgesetzten Dienstbehörde eines Amtsvergehens schuldig gemacht.

Abschluß der Untersuchung gegen die Sprengstoffattentäter

II. Berlin, 3. März. Die Justizpressestelle teilt mit: Die Voruntersuchung gegen die Sprengstoffattentäter ist im wesentlichen abgeschlossen. Es ist die Aufklärung der Sprengstoffanschläge in Binsjen, Weidenfeld, Wesselsburen, Iphoe, Oldenburg, Niebüll, Schleswig, sowie der drei Lüneburger Attentate gelungen. Nicht vollständig geklärt ist bisher das Sprengstoffattentat auf den Reichstag, sowie kleinere Anschläge in Schleswig-Holstein. Wegen des Reichstagsattentats hat die Staatsanwaltschaft beantragt, die Voruntersuchung, insbesondere die Verfolgung der flüchtigen Angeklagten in Berlin, fortzusetzen. Hinsichtlich der Vorgänge in den Bezirken Schleswig-Holstein, Oldenburg und Hannover ist die Sache — im besonderen infolge der von der Mehrzahl der Angeklagten abgelehnten richterlichen Geständnisse — abschlußreif. Da in Ansehung dieser Straftaten jetzt in Berlin eine Zuständigkeit nicht mehr besteht, wird voraussichtlich die Staatsanwaltschaft Altona die weitere Behandlung dieses Teiles der Sache übernehmen. Es dürfte insoweit mit einer Anklageerhebung gegen etwa 27 Angeschuldigte wegen Vergehens gegen die §§ 5, 6 und 7 und wegen Vergehens gegen § 13 des Sprengstoffgesetzes bzw. wegen Begünstigung, Beihilfe und Diebstahl zu rechnen sein.

Erdrutsche bei Palermo

II. Rom, 3. März. Aus der Umgebung von Palermo werden Erdrutsche gemeldet, die großen Schaden angerichtet haben. Außer Weinbergen und Obstgärten sind auch zahlreiche Häuser zerstört oder beschädigt worden. Durch die abstürzenden Erd- und Steinmassen sind an drei Stellen Gebirgsflüsse verschüttet worden. Infolgedessen staut sich das Wasser und wird zur Gefahr für die weiter talwärts liegenden Siedlungen und besonders für die Brücken der betreffenden Flüsse. Die Stadt Livorno wurde von einem Wolkenbruch heimgesucht. Die Flüsse der Umgebung sind aus den Ufern getreten und haben weite Strecken überschwemmt. Die tiefer liegenden Teile der Stadt stehen unter

Aus Württemberg

Wirtschaftsminister Maier über Steuer- und Schulfragen.
In Cannstatt sprach in einer öffentlichen Versammlung Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier über die wichtigsten innerpolitischen Tagesfragen, die zurzeit in Württemberg die Gemüter beschäftigen. Zum Landesschulfrage erklärte der Minister, daß der Entwurf nicht tragbar sei und eine Abänderung seiner ungunstigen und ungerechten Wirkungen sei nach seiner ganzen Struktur und seinem einem anderen Zweck dienenden Aufbau nicht möglich. Dem Problem müsse mit anderen Mitteln auf den Leib gerückt werden. Wenn es Tatsache ist, daß die von der württembergischen Landwirtschaft zu bezahlende Grundsteuer höher ist als die in anderen Ländern zur Erhebung gelangende, so muß eben

eine Revision der Grundsteuer erfolgen. An dem Grundgedanken, die Gemeinden mit hohen Umlagen zu unterstützen, ist festzuhalten. Die einzige praktische Möglichkeit besteht heute trotz aller Bedenken in einer individuellen Hilfe durch verstärkte Zuweisungen an den Ausgleichsstock. Das ganz große Problem einer grundsätzlichen Abkehr von der Verteilung der Einkommensteuer nach dem örtlichen Aufkommen bedarf ernster Erwägung. Aber man kann diesen Grundsatz im Lande nicht aufgeben, solange der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern gerade auf diesem Verteilungsschlüssel aufgebaut ist; hier muß eine Aenderung des Reichsfinanzausgleichs vorangehen. Ein Lastenausgleich kann mit finanz- und steuerpolitischen Mitteln allein überhaupt nicht gefunden werden; das ganze Problem hängt zusammen mit der Verwaltungsreform. Praktisch wäre schon viel gewonnen, wenn benachbarte leistungsfähige und leistungsschwache Gemeinden, die in enger wirtschaftlicher Verflechtung stehen, zu Großgemeinden zusammengelassen würden und benachbarte kleine und kleinste Gemeinden zu größeren Gemeinden, bei denen der gesamte Verwaltungsaufwand viel geringer und damit die Umlagen kleiner wären.

Zur Schulfrage teilte Minister Dr. Maier mit, daß der vorläufige Entwurf zu einem Schulgesetz nach dem Abschluß der Verhandlungen innerhalb der Regierungspartei zu dem endgültigen Regierungsentwurf umgearbeitet und dann dem Landtag vorgelegt wird. Es könne zuversichtlich gesagt werden, daß Bestimmungen, die eine Konfessionalisierung der Schulen über den heutigen Rechtszustand hinaus herbeizuführen geeignet sind, nicht im Entwurf enthalten sein werden. In der Lehrerbildungsfrage sei anzuführen, daß eine Grundlage der zukünftigen Lösung der Vorfrage der württembergischen Lehrervereine, welcher von diesen als „die mittlere Linie“ bezeichnet ist, bildet. Bedauerlich ist, daß dieses auf Jahrzehnte hinaus wirkende Gesetz gerade in diesen wirtschaftlichen Notzeiten in Angriff genommen werden muß. Es darf aber diese außerordentlich wichtige Frage gewiß nicht allein unter dem Gesichtspunkt der äußersten Finanznot des Augenblicks betrachtet werden, sonst besteht die Gefahr, daß Württemberg gegenüber dem übrigen Deutschland ins Hintertreffen gelangt.

Zur Frage der Vereinigung von Württemberg und Baden erklärte der neue Wirtschaftsminister, daß hierüber große Unterschiede im Schoße der Regierung nicht bestehen. Staatspräsident Dr. Holz werde im Landtag eine Erklärung über diese Frage abgeben. Es sei begreiflich, daß das württembergische und badische Zentrum von sich aus die Vereinigung anstreben. Sie gebe dem Zentrum eine sehr starke Stellung. Die württembergische Sozialdemokratie habe in letzter Zeit auffallend ihre der Vereinigung freundliche Haltung geändert, ihr sei offenbar jetzt die Erhaltung des bisherigen Zustandes wichtiger. Für die Demokratie sei die Lage eine schwierige, weil sie die Reichseinheit mit großen Ländern anstrebe. Baden sei angewiesen, einen Anstoß zu suchen. Entscheidend werde sein, unter welchen Umständen zusammengelegt werde. Wenn es sich nur um eine gemeinsame Regierung und einen gemeinsamen Landtag und nicht auch noch um eine starke Verwaltungsvereinfachung handle, habe die Vereinigung keinen Wert. Als eine direkt aktuelle Frage könne man die Vereinigung nicht bezeichnen. Man werde sie sich noch einige Jahre überlegen können.

Der Fleckviehzuchtverband des württ. Schwarzwalds hielt am 28. Februar seinen Frühjahrsschulungstag in der Viehmarkthalle ab. Aufgetrieben waren 68 Faren und 15 weibliche Tiere. Der Besuch von laufenden Gemeinden, Farenhaltern und Züchtlern war recht gut, sodas sich bald ein reger Handel entwickelte. Die Hälfte der zugeführten Faren konnte zu guten Preisen abgesetzt werden. Für beste Qualität wurden 1200 bis 1500 RM. bezahlt, für Mittelware 750 bis 1200 RM. Die geringeren Qualitäten wurden z. T. von Handelsleuten in der Preislage von 500 bis 700 RM. abgenommen. Der Durchschnittspreis für an Farenhaltungen verkaufte Faren betrug 1040 RM. Bei den weiblichen Tieren ging der Handel trotz der dauernden Nachfrage flau. Auch bei dieser Veranstaltung zeigte es sich deutlich, daß in der Hauptache bessere Qualität gefragt ist.

werde mich still verhalten, bis der Kellner dagewesen und mich dann so benehmen, wie du es verdienst.“

Er bewegte nachdenklich den Kopf, blickte sie fragend an, aber er äußerte nichts, sondern half ihr trotz ihres Widerstandes aus dem Mantel, den sie noch immer trug.

Sie hatte für diese Stunde der Aussprache ihr schwarzes Kleid mit dem Kreppbesatz gewählt.

Das Kleid der Trauer um Klein-Mex, in dem sie nach Mexiko gekommen.

Senor de Guerra betrachtete das schwarze Gewand und es war, als wollte er eine Bemerkung machen, aber der Kellner erschien, brachte eine Flasche Sekt und zwei Kekse. Hinter ihm tauchte ein zweiter Kellner auf mit verschiedenen Schüsseln und Obst.

Nachdem sie den Tisch zurechtgemacht hatten, verschwanden die beiden lautlos, gleich Geistern.

Senor de Guerra schob Margarete den Stuhl zurecht, füllte die Gläser.

„Jetzt wollen wir uns endlich etwas anfreunden, also mache ein recht fideses Geschäft.“

Margarete ließ sich auf den Stuhl fallen.

Sie war so entsetzt müde, als läge schwere körperliche Arbeit hinter ihr.

Sie blickte den Mann, der ihr das Glas entgegenhob, mit großen ernsten Augen an, aber sie sprach nicht.

Er lächelte: „Trinke, chérie, damit du etwas vernünftiger wirst, du hast es nötig. Ich weiß ja nicht, weshalb du dich so seltsam benimmst, aber es muß dich irgend etwas bedrücken. Du wirst Schuldigen haben, nicht wahr? Mache dir deshalb keine Sorgen, ich bestimme Geld anzu, um dir helfen zu können.“ Er betrachtete sie von oben bis unten. „Für dich könnte ich sogar Opfer bringen, denn du gefällst mir ganz ungewöhnlich. Aber in so einem schwarzen Saal darfst du nicht mehr kommen, er kleidet dich nicht. Ich werde dir Folleten besorgen, chérie, ich möchte dich gern recht, recht elegant sehen. Aber nun vor allem, sei lustig und —“

(Fortsetzung folgt.)

Das
eines
fonds
zu
referen
Derhol
meter
750 000
zugeflo
Beldein
stations
der Wäh
nung we
reilichen
1930 wir
ist aber
geführt
führung
den Sta
geltung
legen. A
erwartet
verwaltu
zu gestal
gem. W
die Ermä
Derholz
Forstleit
Altholzo
Nutzung
der Nach
Festmeter
wid für
ausreiche
1935 wer
lichen W
ber würt
abgeschlo
Zuführun
für die
nungung
Für die
fählichen
sollen sich
Verhältn

Die P
amtstsp
Verbands
hat irgen
durch die
Zinsfuß
ang erke
gene Ver
Oberamt
„Vermess
stelle wir
Körperfah
Bezirksr
Minister
Nöntge
Ember
a r l s t
terer Am
Dem Wü
Ausbeza
schaft in
zu beza
kauf von
a r b e i t
ges im
beauftrag
denen A
weiteren
für Baua
machen
der Mehu
solche Kö
net werde
Etat gef
org See
Beitri b
ber g w
des Mart
trieb der
— I d e
berg ang
heim für
waltungs
nahme der
teilt; die
Neubau
wird auf
siber Aug
Konzeption
der Nüch
Gastwirts
feebest
rung sein

Der in
Eräger
der größte
Erklärung
Fabrikant
G. Fuß,
a. M. den

Forstreserverfonds.

Das Staatsministerium hat dem Landtag den Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Gesetz betr. den Forstreserverfonds zugehen lassen. Von den in Art. 2 Nr. 2 des Forstreserverfondsgesetzes von 1910 vorgesehenen außerordentlichen Derbholzleistungen bis zum Gesamtbetrag von 1.000.000 Festmeter sind während des ersten Jahrzehnts seiner Geltung 750.000 Festmeter erhoben worden. Der dem Fonds hieraus zugeflossene Reinerlös ist aber bekanntlich in der Folge der Geldentwertung zum Opfer gefallen. In der späteren Installationszeit und in den ersten Jahren nach der Neuverfestigung der Wälder hat das Finanzministerium von der Anordnung weiterer außerordentlicher Nutzungen im Rahmen der restlichen 250.000 Festmeter abgesehen. Mit dem 31. März 1930 wird die Geltungsdauer des Gesetzes ablaufen. Nun ist aber, wie in der Begründung des Änderungsgesetzes ausgeführt wird, neuerdings ein für die staatliche Haushaltsführung sehr bedenklicher Rückgang des Reinertrages aus den Staatsforsten eingetreten und deshalb auf die Weitergeltung der früheren Bestimmungen besonderer Wert zu legen. Dadurch ist die Möglichkeit einer Ausgleichung unerwartet auftretender Fehlbeträge gegeben und die Forstverwaltung instandgesetzt, ihre Wirtschaft etwas beweglicher zu gestalten. Es erscheint daher nötig, das Gesetz zu verlängern. Vom forstwirtschaftlichen Standpunkt aus unterliegt die Ermächtigung zur Nutzung der restlichen 250.000 Festmeter Derbholz keinerlei Bedenken, weil nach den Ergebnissen der Forstleistungsstatistik für die nächsten 20 Jahre genügende Altholzvorräte vorhanden sind, um eine außerordentliche Nutzung in dem genannten Ausmaß ohne jede Gefährdung der Nachhaltigkeit einer ordentlichen Nutzung von 1.070.000 Festmeter erheben zu können. Ein Zeitraum von 5 Jahren wird für die Erhebung dieser außerordentlichen Nutzung ausreichend sein. Bei Ablauf des Gesetzes am 31. März 1935 werden dann voraussichtlich die noch im Gang befindlichen Bestandserhebungen und die neuen Wirtschaftspläne der würt. Staatsforstverwaltung für ihren ganzen Bereich abgeschlossen vorliegen und es wird dann, falls noch weitere Zuführungen zum Forstreserverfonds geboten erscheinen, die für die Zwecke des Fonds fernerhin mögliche Holzvorratennutzung auf längere Zeit hinaus bestimmt werden können. Für die letzte Zwölfmonatsregelung soll daher von einem grundsätzlichen Neuaufbau des Gesetzes abgesehen werden und es sollen sich die Änderungen auf das durch den Wechsel der Verhältnisse notwendige Maß beschränken.

Aus Stadt und Land

Calw, den 4. März 1930. Aus dem Bezirksrat.

Die Prüfungsbemerkungen zu der Rechnung der Oberamtsparkasse für das Kalenderjahr 1928 anlässlich der Verbandsrevision werden bekannt gegeben. Der Bezirksrat hat irgendwelche Einwendungen nicht zu machen. — Zu der durch die Oberamtsparkasse ab 1. 1. 30 vorgenommenen Zinsfußherabsetzung um ein halbes Prozent wird Genehmigung erteilt. — Die von der Oberamtsparkasse vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns wird genehmigt. — Oberamtsgeometer Charrier wird die Amtsbezeichnung „Vermessungsrat“ verliehen. — Der Tuberkulosefürsorgestelle wird als Untersuchungsraum ein Zimmer im Amtskörperschaftsgebäude (Bahnhofstraße) überlassen. — Für das Bezirkskrankenhaus wird vorbehaltlich der Genehmigung der Ministerialabteilung die Anschaffung eines neuen modernen Röntgenapparates beschlossen. — Der Gemeinde Eimberg wird zu den Kosten der Erbrellerung der Bezirkstraße Feinach-Oberkollwangen ein weiterer Amtskörperschaftsbeitrag von 500 Mark bewilligt. — Dem Würt. Unfallversicherungsverband wird ab 1. 4. 30 die Auszahlung der Unfallrenten, welche von der Amtskörperschaft in ihrer früheren Eigenschaft als Versicherungsträger zu bezahlen waren, übertragen. — Genehmigt wird der Ankauf von 150 Nummern Brennholz für die Wandarbeitstätte und die Vergütung der Befuhr des Holzes im schriftlichen Auftrieb. — Die Oberamtspflege wird beauftragt, die aus dem Rechnungsjahre 1928 noch vorhandenen Aufstände an Vermessungsgebäuden ohne weiteren Verzug einzutreiben. — Die den Bauunternehmern für Bauarbeiten an Amtskörperschaftsgebäuden bisher gemachten Abzüge für Arbeiten und Fertigung der Mauerarbeiten werden mit der Maßgabe genehmigt, daß solche Kosten künftig nur insoweit dem Unternehmer berechnet werden, als dies auch bei der Stadtgemeinde und bei dem Staat geschieht. — Wegen des Besuches des Landpostboten Georg Seeger in Gaugenwald um weitere Erlaubnis zum Betrieb der Kraftfahrline Eichenhausen-Zwergenberg wird nichts erinnert. Ebenso auch gegen das Gesuch des Martin Gauß in Oberweiler um Erlaubnis zum Betrieb der Kraftfahrline Althalben-Simmersfeld-Nielesberg-Wildbad. — Die vom Oberamt Leonberg angeregte Sperrung der Straße Weilerstadt-Dietelsheim für den Lastkraftwagenverkehr wird befürwortet. — Verwaltungsaktuar Müller wird die Genehmigung zur Übernahme der Stadtvorstandsstelle in Neubulach im Nebenamt erteilt; die Höhe der Vergütung, welche die Stadtgemeinde Neubulach hierfür an die Amtskörperschaft zu leisten hat, wird auf ein Drittel seiner Bezüge festgesetzt. Gasthofbesitzer August Weber zur „Arone“ in Altbulach wird die Konzession für einen Saalbau erteilt. — Ferner erhält der Kirchenhof Alex Bauer die Erlaubnis zur Führung der Gastwirtschaft zur „Sonne“ in Calw. — Dem Gesuch des Rasseebesizers Hofmeister in Bad Feinach um Erweiterung seiner Schanzen Erlaubnis wird entsprochen.

Wettbewerbserfolg.

Der in Kleinwildebach geborene Dr. Ing. Eduard Kräger, Architekt in Stuttgart, erhielt kürzlich bei einem der größten deutschen Wettbewerbe der letzten Jahre zur Erlangung von Entwürfen für eine überaus umfangreiche Fabrikanlage nebst Büros des bekannten Firma G. Fuld, Telephon- und Telegraphenwerke in Frankfurt a. M. den 2. Preis unter 920 Bewerbern. Bekannt-

lich ging Dr. Kräger vor zwei Jahren aus dem Wettbewerb um das Gebäulichkeitshaus auf dem Schliffkopf mit dem 1. Preis hervor.

Buchgestaltung im Wandel der Zeit.

Vergangenen Sonntag hielt im Rahmen der technischen Vorträge der Ortsgruppe Calw-Nagold-Altensteig im V. L. D. B. V. der deutschen Buchdrucker in der Calwer Gewerbeschule Betriebsleiter Schröter (Stuttgart) ein Referat über „Buchgestaltung im Wandel der Zeit“. Metteur May (Calw) begrüßte die eingeladenen Gäste sowie seine Kollegen aufs herzlichste und erteilte hierauf dem Redner das Wort zu seinem einstündigen Vortrag. Herr Schröter gab einen Rückblick über die Entwicklung der Buchgestaltung, beginnend bei den Babyloniern und Ägyptern, die ihre Keilschrift auf Ziegelfragmente eintruben, denen sodann das Papyrus und das Pergament folgte, bis im 16. Jahrhundert das Papier Verwendung fand. Die Mönche des Mittelalters, die mit ihrer hochentwickelten Schreibkunst heute noch sehenswerte Produkte für die Klosterbibliotheken hergestellt haben und in ihre gezeichneten Bücher ihr innerstes Denken und Fühlen legten, konnten bezüglich Schriftform und Gestaltung des Buches nach Erfindung der Buchdruckerkunst durch Gutenberg keinen Vergleich mit ihren Kirchbüchern mehr ausfallen. Der Zeitgeist verlangt ein Buch, aus dem Leben und Wärme, verbunden mit dem persönlichen Pulsschlag des Verfassers, sprechen soll; heute, nachdem der Mittelstand untergegangen ist, der vor dem Kriege zu den Kaufmännern schöngeliger und philosophischer Bücher gehörte, will man ein gutes Buch für die Allgemeinheit, das neben der leichten Kost des Buchspiels und Radius ein ständiger Begleiter sein kann. Hierbei muß die Maschine ein Helfer in künstlerischem Sinne sein. Der Redner streifte hierbei kurz den Werkbundgedanken und behandelte die einzelnen Druckverfahren an Hand ausgelegter Anschauungsmaterialien sowie die verschiedenen Papierarten. Zum Schluß seiner Ausführungen stellte der Redner fest, daß der Buchdrucker nur der Diener am Buch ist, der die Ideen des Künstlers erfassen und sich in seine Gedanken vertiefen muß. — Metteur May dankte Herrn Schröter in herzlichsten Worten für seine meisterhaften Ausführungen und führte aus, er hätte es gerne gesehen, wenn dieses Referat vor einer breiteren Öffentlichkeit hätte gehalten werden können.

Ein schweres soziales Unrecht.

Das Pfarrerkollegium von Karlsruhe-Stadt veröffentlichte im vorigen „Evangelischen Gemeindebote“ folgenden vielsagenden Aufruf, der leider nicht nur für Karlsruhe, sondern für ganz Deutschland gilt: „In unseren Gemeinden mehren sich die Klagen darüber, wie schwer Familien, die mit Kindern gesegnet sind, eine Wohnung finden können. Immer wieder müssen wir hören, daß wohnungssuchende Familien deshalb abgewiesen werden, weil sie Kinder haben. Wir müssen es als ein Unrecht erklären vor Gott, der den Kindern das Leben schenkt, und gegen unser Volk, das nichts nützlicher hat als einen gesunden und thätigen Nachwuchs, wenn man den Kindern keinen Raum gönnen will. Das muß sich einst bitter rächen an uns allen.“

Auflösung des Impfwanges.

Der Reichsgesundheitsrat hat einstimmig beschlossen, den Impfwang (der seit 1874 Gesetz ist) aufzulockern. Das Impfgesetz bleibt bestehen, doch sind Ausnahmen und Befreiungen vorgesehen. Gehelrat S. Schloßmann (Düsseldorf), der neben anderen Medizinern Mitglied des Reichsgesundheitsrates ist, vertritt die Ansicht, es sei zwar wünschenswert, möglichst viele Menschen gegen die Pockenepidemie durch Impfung zu sichern, aber an Stelle des Zwanges habe die freiwillige Unterordnung zu treten, man habe auch das psychologische Moment zu berücksichtigen, daß viele Menschen Gegner der Impfung sind. Schloßmann weist ferner auf den nicht leicht zu nehmenden Eingriff hin, den die Impfung darstellt und auf das Risiko, das die Einführung von Krankheitskeimern darstellt. Wenn auch die Mehrzahl der Kinder die Impfung gut übersteht, so ereignen sich doch auch immer wieder Fälle, in denen Gefährdungen der Geimpften eintreten. Schloßmann bleibt zwar ein Anhänger der Impfung, will aber den Eltern das Recht zugestehen, aus Gewissensgründen die Impfung zu verweigern. Die Entschlüsse des Reichsgesundheitsrates lauten folgendermaßen: „Unüberwindliche Bedenken der Eltern oder Erziehungsberechtigten gegen die Vornahme der Impfung können Bedingungen schaffen, die zu berücksichtigen sind. — Die Zahl der Impflinge für einen Impstermin ist von den zuständigen Behörden so zu bemessen, daß die Festhaltung der Impflinge ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. — Der Reichsgesundheitsrat hält die Vornahme der Impfung unter Anwendung polizeilichen Zwanges für verfehlt und unangebracht.“

Schutz den Hecken und Nistplätzen.

Raum ist an den Hängen und Halben unseres Tales der Schnee verschunden und das dürre Gras abgetrocknet, so hat man alle Tage Gelegenheit zu sehen, wie von jungen Leuten dieses Gras angezündet und abgebrannt wird. Wohl freuen sie sich, wenn Rauch und Flamme prasselnd zum Himmel auflodern und manch einer sieht die Sache als ein schuldiges Vergnügen an. In Wirklichkeit aber ist die Sache gar nicht so harmlos wie sie aussieht, denn das Feuer vernichtet nicht nur das dürre Gras, sondern auch das Gebüsch. Und das Dornesträuch bildet den Nistplatz und die Zufluchtsstätte der im Feld lebenden Singvögel. Das dürre Gras aber gebraucht der Vogel zum Nistbau, in ihm findet er Insekten und mancher ein Plätzchen für sein Nest. Daher die Bitte an jung und alt: Schonet die Hecken, Büsche und Raine! Die Eltern, Lehrern und Lehrer möchten wir bitten, ihren Kindern, Lehrlingen und Schülern das Feuerlöschen an Rainen zu wehren und so dem Vogelschutz zu dienen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Im Südosten liegt Hochdruck, im Norden zeigt sich eine neue starke Depression. Für Mittwoch und Donnerstag ist indessen noch Fortsetzung des trockenen, vielfach heiteren Wetters zu erwarten.

Nagold, 3. März. Letzten Donnerstag nachmittags besichtigte ein Teil des Finanzausschusses des Würt. Landtags im Anschluß an die Besichtigung des Sanatoriums Dr. Nömer in Dirsau auch die Räumlichkeiten des Lehrerseminars Nagold. Oberstudienrat Bauer führte die Herren in einem Rundgang durch die verschiedenen Räumlichkeiten. Der Rundgang ergab die dringende Notwendigkeit der geplanten Verbesserungen der sanitären Einrichtungen, der Einrichtung einer Zentralheizung, der Schaffung eines Raumes für den Handfertigkeitsunterricht usw. Diese baulichen Verbesserungen dürften wohl für das Etatsjahr 1931 in bestimmte Aussicht genommen werden.

St. A. Herrenberg, 3. März. Auf einem dem Landwirt F. Lohrer in Haslach gehörenden Grundstück in der Nähe der Schulmeistersbuche steht ein Kirschbaum in voller Blüte. Die sonnigen Tage der zweiten Februarhälfte haben die weißen Blüten hervorgebracht, doch werden sie bald für ihren Vorwitz bestraft werden und der Besitzer dieses Baumes wird wohl an der Ernte von Kirsch keine große Freude haben.

Neuenbürg, 3. März. Unter Vorsitz von Kommandant Jetter hielt die Feuert. Feuerwehr ihre heutige Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht ist u. a. zu entnehmen, daß die gegenwärtige Korpsstärke 197 Mann beträgt. Nach dem Rapport sind die Züge 1-4 im abgelaufenen Übungsjahr mit einer Beteiligung von 62 Proz., die Weckerlinie mit einer solchen von 92-95 Proz. ausgerückt. An 2 Korpsangehörige konnte das Verdienstehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit in der Feuerwehr verliehen werden. Die Weckerlinie rückte 6mal zu Brandfällen aus. Der Kassierbericht weist an Einnahmen 1252.53, an Ausgaben 1150.14 auf, was eine Zunahme von 102.69 M. ergibt. Das Gesamtvermögen beträgt 893.05 M.

St. A. Freudenstadt, 3. März. Am letzten Samstag fand die Ortsvorsteherwahl statt. Dabei erhielt von 201 abgegebenen gültigen Stimmen der selbsterwählte Ortsvorsteher Müller 187. Der Gegenkandidat, Schwanenwirt Barth in Frutenhof, erhielt 12 Stimmen.

Tübingen, 3. März. Professor Dr. Richard Wilhelm, der Begründer und Leiter des China-Institutes an der Universität Frankfurt a. M., ist hier nach längerem Verden gestorben. Richard Wilhelm war in Stuttgart am 10. Mai 1873 geboren. Er war einige Zeit im evangelischen Pfarramt in Württemberg tätig und ging 1899 als deutscher Pfarrer nach Tsingtau, wo er einer der besten Kenner des chinesischen Volkes und der chinesischen Kultur wurde.

Stuttgart, 3. März. Während der Befehlsausgabe bei der 2. Kompanie des Inf.-Regts. 13 in Stuttgart ließ sich ein junger Grenadier eine kleinere Ungehörigkeit zuschreiben kommen. Er wurde daher vom Oberfeldwebel mit 200 Kniebeugen bestraft, die unter Aufsicht eines Obergefreiten ausgeführt werden sollten. Der Grenadier brach aber nach der 150. Kniebeuge infolge körperlicher Erschöpfung zusammen. Der 29 Jahre alte Oberfeldwebel Christoph Striebel hatte sich deshalb jetzt vor dem Schöffengericht Stuttgart zu verantworten, wo ihm durch acht Tage Stubenarrest zum Bewußtsein gebracht wurde, daß auch die Dienstgewalt eines Oberfeldwebels ihre Grenzen hat.

Stuttgart, 3. März. In selbstmörderischer Absicht brachte sich ein in einem Hause der Lützstraße wohnhafter 55 Jahre alter Mann einen Schuß in die linke Brustseite bei. Er starb nach wenigen Stunden an den Folgen der erlittenen Verletzung. — Am 2. März morgens verübte in einem Hause der Engestr. ein 24 Jahre alter Mann durch einen Schuß in den Kopf Selbstmord. — Selbstmord durch Einatmen von Gas beging am 2. März nachmittags in einem Hause der Militärstraße ein 36 Jahre alter Mann. — In einem Hause der Solitudestraße in Botnang verfuhrte am 2. März abends ein 22 Jahre alter Mann durch Einatmen von Gas Selbstmord zu verüben. Er wurde nach dem Katharinenhospital verbracht.

St. A. Plochingen, 3. März. Vor einigen Tagen wurde hier im Krankenhaus ein älterer Mann aus Plochingen u. T. bewußtlos eingeliefert. Ein Auto hatte ihn blutüberströmt auf der Landstraße gefunden. Er soll hinter dem von seinem Sohne geleiteten Holzfuhrwerk gegangen, unterwegs aus irgend einem Grunde zurückgeblieben, bei einem Motorradfahrer auf dem Soziusplatz gesessen und bei einem Zusammenstoß mit einem Lastfuhrwerk herabgeschleudert und von dem Motorradfahrer im Stich gelassen worden sein. Der Verunglückte war bis Sonntag bewußtlos, ist aber nun wieder zu sich gekommen und auf dem Wege der Besserung. Doch kann er sich an den ganzen Vorgang nicht im geringsten erinnern.

St. A. Göppingen, 3. März. Am Sonntag wurde in einem Hause der Bräudenstraße eine 51 Jahre alte Frau in der Küche ihrer Wohnung tot aufgefunden. Es ist festgestellt, daß der Tod durch Leuchtgasvergiftung eingetreten ist, jedoch bleibt im Unklaren, ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt. Die mit Hilfe eines Sauerstoffapparates angestellten Wiederbelebungsvorversuche blieben erfolglos.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Table with 2 columns: Berliner Briefkurse, and values for 100 holl. Gulden, 100 franz. Franken, 100 schweiz. Franken.

Börsenbericht. Stuttgart, 3. März. Bei sehr ruhigem Geschäft gab es vereinzelt Kursaufbesserungen.

Biehpreise. Ravensburg: Anstellrinder und Anstellstiere 200-300, Kalb 380-600 M. — Rosenfeld: Kühe 503, Kalbinnen 610, Jungvieh 180-420 M.

Schweinepreise. Ellwangen: Milchschweine 35-50, Läufer 75-85 M. — Gillingen: Milchschweine 34-45, Läufer 58-100 M. — Ravensburg: Ferkel 40-55, Läufer 60-80 M. — Saulgau: Ferkel 45-57 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. wirtsch. Preissteigerungen in Betracht kommen. Die Schillinge...

Amtliche Bekanntmachungen
W. Staatl. Kunstgewerbeschule Stuttgart
 Das Sommerhalbjahr beginnt am 17. März und
 endigt am 15. Juli 1930.
 Näheres siehe im Staatsanzeiger für Württemberg
 vom 28. Februar 1930, Nr. 49.
 Calw, den 3. März 1930.

Oberamt.

Deckenpfann.



Laub-Stammholz-Verkauf.

Am **Dienstag, den 11. März 1930**,
 werden aus dem Gemeindevald versteigert:

328 Eichen

mit Festmeter: 2 I., 4 II., 28 III., 50 IV., 45 V.,
 und 7 VI. Klasse.

**3 Buchen, 2 Birken und 60 eichene
 Wagnereichen.**

Zusammenkunft **vormittags 9 Uhr** beim
 Rathaus.

Verkaufsbeginn **vormittags 9 1/2 Uhr** im Not-
 wald an der Gärtringerstraße.

Auszüge wollen bei Waldmeister Dongus
 bestellt werden.

Autoabfahrt in Calw **8.00 Uhr**, in Wild-
 berg **8.00 Uhr**, in Gärtringen **9.25 Uhr**.

Den **1. März 1930**.

Gemeinderat.

Mütterberatungsstunde

morgen **Mittwoch, den 5. März 1930**,
 nachmittags **3-4 Uhr**, im Hause der Frau
Ludwig Schütz Witwe, Bischoffstraße,
Erdgeschoss links.

**Wir suchen für den Oberamts-
 bezirk Calw**

tüchtigen Vertreter

**Bau- und Wirtschaftsbund e. V.
 (Vausparkasse)**

Geschäftsstelle Stuttgart, Weimarstr. 33 p.

Bad Teinach

Die zur Erstellung von einem Landhaus mit
 Fremdenpension für Herrn Adolf Bauer in
 Bad Teinach erforderlichen

**Opfer-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser- und
 Malerarbeiten, Lieferung und Montage
 der Holzrolläden, und die Lieferung und Ver-
 legung der Holzfußböden**

sind im Preislistenverfahren zu vergeben.

Die Unterlagen sind beim Unterzeichneten zur Einsicht
 aufgelegt, und wollen Angebote bis **Donnerstag, d. d. M.**
vorm. 11 Uhr daselbst abgegeben werden.

Die Wahl unter den Bewerbern bleibt der Bauherr-
 schaft vorbehalten.

Zuschlagsfrist **10 Tage**.

Bad Teinach, den **1. März 1930**.

H. A. Söll, Architekt.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
 VON HAMBURG DIREKT NACH

KANADA

NÄCHSTE PASSAGIER-
 ABFAHRTEN:

- M. S. „St. Louis“ 28. März
- M. S. „Milwaukee“ 4. April
- D. „Cleveland“ 16. April
- M. S. „St. Louis“ 29. April
- D. „Cleveland“ 21. Mai
- M. S. „St. Louis“ 4. Juni



AUSWANDERER

BELIEBEN SICH WEGEN ALLER EINZELEITEN ZU WENDEN AN:
HAMBURG-AMERIKA LINIE, HAMBURG 1, ALSTERDAMM 23

Calw, Paul Olpp,
 Marktplatz

Bad Liebenzell.
 Im Wege der
**Zwangs-
 vollstreckung**

versteigere ich am **Mittwoch,**
den 5. ds. Mts., mittags
8 Uhr geg. bare Bezahlung:
1 Kleid, Spiegelschrank,
1 Waschkommode mit
Marmor-Aufsatz und
Spiegel, 2 komplette
Betten, 2 Nachttische,
1 Tisch, 4 Sessel, sowie
ve. i. d. Schmuckstücke.
 Zusammenkunft d. Rathaus
 Gerichtsvollzieher
 beim Amtsgericht Calw
 Döngemach.

Stammheim.

Im Wege der
**Zwangs-
 vollstreckung**

versteigere ich am **Mittwoch,**
den 5. ds. Mts., vorm.
9 Uhr geg. bare Bezahlung:
1 Brückenwaage,
2 Schränke, 1 Sofa,
1 Blumenständer und
1 Kommode.
 Zusammenkunft d. Rathaus
 Gerichtsvollzieher
 beim Amtsgericht Calw
 Weidenbach.

Kinderhandschuh
 gefunden.

Unentgeltlich auf der Ge-
 schäftsstelle d. Bl. abzugeben.

Ein kleinerer

**Rucksack, Inhalt 1 Fahr-
 radlatzern u. Werkzeug**
 ging am Freitag mittag
 von Sonnenhardt nach
 Kettheim

verloren.

Der ehrliche Finder wird
 gebeten, denselben auf der
 Gesch.-St. ds. Bl. abzugeben.

Schöne, sonnige

**5-Zimmer-
 Wohnung**

mit Zubehör auf 1. Juli
 vermietet

Chr. Stürner,
 Teuchelweg 21.

Ich habe eine Schwester
 die **Kleine Continental**
 bekommen
CONTINENTAL - Schreibmaschine
 Alles Nähere durch meinen Allein-Vertreter
Georg Köbele, Bürobedarf, Nagold.

umarbeiten rasch u. billig
Pelze W. Lutz, Bahnhof-
 straße
Esset mehr Roggenbrot
 damit nützt Ihr Euch, helft der
 heimischen Landwirtschaft sowie
 der gesamten deutschen Wirtschaft
Ernst Kreuzberger, Bäckerei

**Veteranen- und Militär-
 Verein Calw** 
 Am **Samstag, den 15. März 1930,**
 abends **8 Uhr**, findet im Lokal **Hotel Adler**
 unsere diesjährige ordentliche
Haupt-Versammlung
 mit folgender Tagesordnung statt:
 1. Tätigkeitsbericht des Schriftführers.
 2. " " Kassiers.
 3. " " Fürsorgeanwalts.
 4. " " Schlichters.
 5. " " Hausverwalters und Wirt-
 schaftsführers.
 6. Ausbezahlung der fälligen Einlagen auf Anteilsscheine.
 7. Bundestag in Wildbad am 25. Mai ds. Ja.
 8. Neuwahlen
 9. Ehrung verdienter Mitglieder.
 10. Verschiedenes.
 Die Kameraden werden gebeten, möglichst vollständig
 zu erscheinen, damit die Zinsauszahlung reiflos erledigt
 werden kann.
 Eventl. Anträge sind bis zum 10. ds. beim Schrift-
 führer einzureichen.
 Der Ausschuß.

Ermüden Sie leicht?



Haben Sie nach längerem Gehen oder Stehen Schmerzen in den Beinen oder in den Füßen?
 Dann lassen Sie Ihre Füße prüfen. In den „Pedisana“-Verkaufsstellen werden Sie durch
 fachmännisch geschultes Personal kostenlos beraten.

Pedisana Fußgelenkstützen
 mit Fersenkorb

bieten den besten Schutz gegen vorzeitige Ermüdung; sie haben für Kalkfuß, Senkfuß,
 Plattfuß, Hohlfuß und Spreizfuß (starke Ballen) besondere Regulierungsvorrichtungen.
 „Pedisana“ wird mit Hilfe des vielfach patentierten „Pedisana“-Fußgelenkmechanismus
 individuell angemessen.

Mittwoch und Donnerstag
 kostenlose und unverbindliche Unter-
 suchung und Beratung durch den
 „PEDISANA“-Fußspezialisten im:

Schuhgeschäft Friedrich Reichert
 Obere Marktstraße

Heute Fastnachtdienstag
Grosse allgemeine Redoute
 in den Räumen des Badischen Hofes
Zwei Musikkapellen
 Anfang 8 Uhr — Hierzu ladet ein **MUSIKDIREKTOR FRANK**

Ich biete an aus meiner Hochleistungszucht
 weiß amerikanische Leghorn
Bruteier 33, Eintagsküken 33
Sungghennen zu Tagespreisen.
Lohnbrut
 Kleinlage 15 bis 20 je nach Mengen.
Geflügelarm Calwerhof Calw.

Eine kleine
**2-Zimmer-
 Wohnung**
 mit Küche und Zubehör
 wird vermietet
Zwinger 33.

Zwei neue
**Frühbeet-
 fenster**
 1,30 x 0,90 m zu ver-
 kaufen
Salzgasse 2.

Calw

**Zweifamilien-
 haus**
 mit Garten in schöner
 Lage sofort zu verkaufen.
 Angebote unter N. 3. 51
 an die Gesch.-St. ds. Bl.

Haarpangen
 repariert
J. Odermatt, Friseur
 beim Adler, Telefon 204.
 Ein Paar schöne
**Läufer-
 schweine**
 verkauft.
 Wer, sagt die Geschäfts-
 stelle ds. Bl.

Gesangbücher
 und Tragtaschen
 in großer Auswahl billigst bei
CARL BUB BUCHBINDER
 Salzgasse

Rokosjett
 Pfundstafel
 56 ¢
Gekawin
 70 ¢
Palmin
 85 ¢
Erdnussfett
 85 ¢
Margarine
 65 ¢
Rama
 im Braunband
 1 M.
 amerik.
Schweineschmalz
 78 ¢
Zweiflügel
Dampfpfeil
Aprikosen
 in bester Qualität
 bei
R. Otto Vincon
 Telefon 171.
 5 Proz. Rabatt.
 Lieferungen
 ins Haus.

Haararbeiten
 jeder Art fertigt
Friseur Odermatt.
 In 3 Tagen
Nicht raucher.
 Auskunft kostenlos!
Sanitas-Depot,
 Halle a. S., 15 a
 In deutschen Haushalten
 nach Venedig wird ein
Mädchen
 (nicht unter 20 Jahren)
 gesucht, welches gut kochen
 kann und in allen Haus-
 arbeiten erfahren ist. Zwei-
 mädchen vorhanden.
 Näheres ist zu erfahren bei
Johanna Belz,
 im Biegel, Calw
 Klebe 50 Zentner
Heu
 zu verkaufen.
 Saure eventuell
 auch gegen
Holz
Karl Reutter,
 Schreiner, Stammheim
Orpheus